Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" wöchentlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 19707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 45 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefeinsendung 10 Pf.

Nr. 274 | Dresden, Sonnabend den 24. November 1928 | 39. Jahrg.

Untermauerung der Regierung?

Das Zentrum wartet ab — Klarheit und Richtlinien sind unerwünscht

Die Reichsregierung schwebt noch immer in der Luft. Die Parteien haben sich noch nicht über die Frage der Großen Koalition verständigen können. Das Zentrum hatte interessiert gewünscht, die Verhandlungen darüber bis nach der Abstimmung über die Panzerkreuzerfrage zurückzustellen. Man darf man gespannt sein, ob in der nächsten Zeit die sogenannte „Untermauerung des Kabinetts" folgen wird. Vom 6. bis zum 8. Dezember findet in Köln der Parteitag des Zentrums statt. Es scheint, als ob die Partei des Herrn Marx die Angelegenheit bis dahin aufschieben möchte. Der Soz. Pressedienst schreibt zu dieser Situation:

Es fehlt in den Kreisen der Zentrumsanhänger im Lande nicht an Leuten, die dem Gedanken der Großen Koalition verständlicherweise geringe Sympathien entgegenbringen. Sie haben grundsätzlich wohl nichts gegen sie einzuwenden, aber sie sehen aus parteipolitischen Erwägungen heraus es lieber, wenn das Zentrum sich entweder gar nicht an der Regierung beteiligte, oder nur lose mit ihr verbunden wäre. Man hört gelegentlich immer wieder das Wort von den Opfern, die die Partei durch ihre Regierungsbeteiligung während der ganzen Nachkriegsjahre gebracht habe. Nun sind diese Opfer im einzelnen sehr schwer festzustellen, und wenn es solche gibt, so demgegenüber zweifellos die Vorteile, die dem Zentrum in dieser Zeit erwachsen sind. Aber trotzdem möchte man sich gern, wie der jetzt häufig gebrauchte Ausdruck lautet, ein wenig distanzieren oder wenn möglich gar den Eindruck erwecken, als werde nicht nur ohne das Zentrum, sondern auch gegen das Zentrum regiert, weil man glaubt, daß es in diesem Falle leichter sein werde, über die nun einmal vorhandenen und nicht immer ganz unbedenklichen Differenzen in der Zentrumspartei hinwegzukommen.

Jedenfalls will die Führung derartigen Stimmungen und Strömungen Rechnung tragen und sie hat eine gewisse Sorge dafür, den Parteitag vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Die Dinge werden dann wohl so laufen, daß dieser Parteitag seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Großen Koalition ausspricht, aber die Beteiligung an ihr doch von gewissen Voraussetzungen abhängig macht.

Welcher Art diese Voraussetzungen sind, können wir im einzelnen noch nicht wissen. Aber es läßt sich vermuten, daß die Verhandlungen nicht ganz einfach und nicht ganz reibungslos sein werden. Gerade wenn die Wortführer des Zentrums unter dem frischen Eindruck der von ihren Anhängern auf dem Kongreß formulierten Wünsche stehen, wird es verhältnismäßig schwierig sein, die gemeinsame Basis zu finden.

Allem Anschein nach wird dabei die Frage des preußischen Konkordats eine nicht unbeträchtliche Rolle spielen. Die Volkspartei macht noch wie vor ihren Eintritt in die preußische Regierung zur Vorbedingung ihrer Mitwirkung im Reich. Das Zentrum macht die Zustimmung der Volkspartei zum Konkordat zur Vorbedingung ihrer Aufnahme in Preußen. Die gesamte preußische Regierung steht immer auf dem Standpunkt, daß von einer Erweiterung des preußischen Kabinetts nur die Rede sein könne, wenn die Große Koalition im Reich auf sicheren Füßen stehe. Die Situation ist recht kompliziert, und das um so mehr, als im Augenblick der Inhalt des Konkordats noch gar nicht feststeht, weil eine vollständige Einigung zwischen der preußischen Regierung und der Kurie noch nicht zustande gekommen ist. Dazu kommt dann noch eine Reihe von anderen sachlichen Problemen und schließlich auch die Frage der Zusammensetzung des Reichskabinetts. Das Zentrum stellt im Reich zur Zeit nur einen Minister, der gleichzeitig das Verkehrsministerium und das der besetzten Gebiete verwaltet. Es wird zweifellos drei Sitze im Kabinett beanspruchen.

Es sind also eine ganze Anzahl von Schwierigkeiten zu überwinden, und sie würden noch erhöht werden, wenn etwa die eine oder die andere Seite darauf bestände, wieder einmal „Richtlinien" zu formulieren, die tief in die Einzelheiten gehen müßten. Wir können nur hoffen, daß uns das Schauspiel, das wir vor einigen Monaten bei den Beratungen über das Regierungsprogramm genossen haben, diesmal erspart bleibe, und das um so mehr, als eine baldige Klärung wirklich dringend not tut. Gewiß, wir haben eine Regierung. Aber es kann kaum die Rede davon sein, daß der Etat eingebracht wird und daß Vorlagen für die steuerliche Deckung des Defizits an den Reichstag gehen, solange das gegenwärtige Kabinett nicht durch ein Kabinett der sich mitverantwortlich fühlenden Parteien ersetzt ist.

Wir glauben nicht, daß nach dem Ausgang des Panzerkreuzerstreits der Sozialdemokratie in dieser Koalition noch Erfolge blühen, die sich vor den Massen sehen lassen könnten. Aber wenn schon Verhandlungen über die künftige Form des Reichskabinetts und seine parteipolitischen Bindungen stattfinden sollen, so sind wir im Gegensatz zum Soz. Pressedienst der Meinung, daß es ohne Richtlinien — das heißt ohne Klärung und Besprechung der nächsten Aufgaben des Kabinetts und der Stellung der Parteien dazu — nicht abgeht. Die Sozialdemokratie ist in diese Regierung eingetreten, ohne die Hauptstreitfragen, um die sich die Arbeit des Kabinetts dreht, zu klären. Das war, wie auch der Ausgang der Panzerkreuzeraffäre gezeigt hat, ein Fehler. Was soll nun werden? Das Schiff A wird gebaut und weitere sollen folgen?! Neue Steuern sollen geschaffen werden und noch niemand weiß, wie sich Zentrum und Volkspartei die Sache denken! Wir fordern Herabdrückung des Reichswehretats, müssen diesen Antrag auch in nächster Zeit wieder einbringen, und wissen heute noch nicht, wie Zentrum und Volkspartei dazu stehen. Das ergibt ein unmögliches Wursteln und Kompromißeln. Darum hoffen wir, daß die entscheidenden Fragen von unserer Partei angeschnitten und klare Antworten verlangt werden, wenn es zu Verhandlungen über die „Untermauerung des Kabinetts" kommt.

Bürgerblockerbschaft

Schlechte Steuervereinheitlichung

D. Der Reichsrat beschäftigte sich am Freitag mit dem Steuervereinheitlichungsgesetz. Der Vertreter Sachsens machte die Stellungnahme seiner Regierung zu dem Gesetzgebungswerk davon abhängig, daß eine Klärung der gesamten finanziellen Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in den bevorstehenden Jahren herbeigeführt wird. Da Reichsfinanzminister Dr. Hilferding nicht in der Lage war, namens der Reichsregierung eine solche Erklärung abzugeben, beantragte der Vertreter Sachsens, die ganze Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Gegen das Vereinheitlichungsgesetz sprachen sich u. a. Bayern und Württemberg aus. Der bayerische Gesandte von Preger begründete die Stellungnahme seiner Regierung damit, daß das Gesetzgebungswerk einen mächtigen Schritt in der Richtung zum Einheitsstaat bedeute, den die bayerische Regierung grundsätzlich ablehne.

Ministerialdirektor Dog gab dann einen Ueberblick über die Arbeiten der Ausschüsse und führte dazu aus, daß das zusammenfassende Steuervereinheitlichungsgesetz in der Regierungsvorlage als ein Mantelgesetz gedacht war. In dieser Form hätte es auch der zur Verfassungsänderung erforderlichen Mehrheit bedurft. Nach den Beschlüssen der Ausschüsse im Reichsrat sei es aber kein Mantelgesetz mehr, sondern nur ein reines Einführungsgesetz. Als solches habe es nach der Auffassung der Mehrheit der Ausschüsse keinen verfassungsändernden Charakter.

Bei der Beratung der Einzelgesetze wurde ein preußischer Abänderungsantrag angenommen, wonach die Steuerbefreiungen von den Ländern nach einem bestimmten Katalog festzusetzen sind. Ueber das Gebäudeentschuldungssteuergesetz wurde namentlich abgestimmt. Für das Gesetz stimmten 34, gegen das Gesetz 31 Vertreter. Da die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, gilt das Gebäudeentschuldungsgesetz als abgelehnt. Staatssekretär Popitz kündigte darauf an, daß die Reichsregierung an dem Entwurf trotzdem festhalten und ihn nunmehr an den Reichstag weiterleiten werde. Dem Steueranpassungsgesetz wurde auf Antrag des Reiches eine Bestimmung eingefügt, die eine Entschädigung der Gemeinden für die ihnen übertragene Verwaltung von Reichssteuern vorsieht. Das Gesetz, das den infolge der Vereinheitlichung nötig werdenden Uebertritt von Beamten in den Reichsdienst regelt, wurde als verfassungsändernd erklärt und mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses wurde das Gebäudeentschuldungssteuergesetz aus dem Mantelgesetz gestrichen. Die Reichsregierung behält sich vor, dem Reichstag eine Doppelvorlage zuzuleiten, in welcher das gestrichene Gesetz wieder eingefügt wird.

Der verfassungsändernde Charakter des Mantelgesetzes selbst wurde auf Wunsch der Reichsregierung verneint. Dann erfolgte die Annahme des Mantelgesetzes mit 42 gegen 26 Stimmen; dagegen stimmten Bayern, Sachsen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig und Bremen.

*

Seitdem unsere Parteigenossen der Reichsregierung angehören, haben wir leider schon mancherlei Unbegreiflichkeiten erlebt, und unbegreiflich ist es uns auch, daß der Finanzminister Genosse Hilferding das sogenannte Steuervereinheitlichungsgesetz in der Form einbringen konnte, wie es ihm die alte Regierung hinterließ. Das Steuervereinheitlichungsgesetz soll für die Erhebung der Mietzins-, Grund- und Gewerbesteuer, deren Erträge den Ländern und Gemeinden zufließen, einheitliche Grundsätze aufstellen. Bisher war für die Erhebung dieser Steuern im wesentlichen die Gesetzgebung der Länder maßgebend. Durch das Steuervereinheitlichungsgesetz soll die Mietzinssteuer für das ganze Reich einheitlich geregelt werden. Für Grund- und Gewerbesteuer sollen sogenannte „Rahmengesetze" geschaffen werden, die der Gesetzgebung der Länder bei diesen Steuern nur einen geringen Spielraum lassen.

Bisher haben wir geglaubt, daß man u. a. deswegen in eine Regierung hineingeht, um Gesetzesvorlagen schon im Entstehen zu beeinflussen, um sie möglichst in einer Form an die Volksvertretung zu bringen, wie das vom Standpunkt

Im Hungerstreik verendet!

Aushungerung der Opposition in Rußland

Berlin, 23. November. Das Reichsorgan der linken Kommunisten meldet, daß der verhaftete Sekretär Trotzkis, Bontoff, nach mehrwöchigem Hungerstreik infolge Entkräftung zusammenbruchs verschieden sei. Man habe die Leiche des Hungerstreiks zu verheimlichen versucht. Die Opposition hätte jedoch für die Verbreitung der Meldung gesorgt. Hierauf sei es zu neuen Sympathiekundgebungen der Industriearbeiterschaft für Trotzki gekommen.

*

Diese Meldung ist ein Alarmschuß! Der Hungerstreik ist das letzte Mittel der Verbannten gegen ihre Aushungerung. Die Moskauer Diktatoren haben Trotzki nicht nur in die Eiswüsten Sibiriens verbannt, damit er sich erkälte und erhole, sondern damit er endlich dauernd unschädlich gemacht werde. Unschädlich für die Stalin-Diktatur wird aber nur der tote Trotzki, während der lebende eine immerwährende Anklage, dauernde Gefahr und dauernde Bedrohung darstellt. Deshalb hat das Stalin-Regiment die Verbannten so peinigend bewacht, daß sie unter keinen Umständen entfliehen konnten (wie unter dem Zarenregiment), sondern völlig von allen Verbindungen abgeschnitten wurden. Nachdem man Trotzki und die andern hermetisch isoliert hatte, ließ man sie darben und vernachlässigen, so daß sie erkrankten. Und in der Krankheit verweigerte man ihnen genügende ärztliche Hilfe und Heilmittel. Alles funktionierte in der Richtung zur „Erledigung auf kalten Wege". Die Moskauer Diktatoren haben die Kritiker ihres Regiments planmäßig der Aushungerung überwiesen, so hat das Organ des Lenin-Bundes in Berlin immer wieder behauptet und dafür Tatsachen angeführt. Nur vereinzelt sickern Nachrichten durch, denn die Verbannten sind von einer Mauer umgeben. Wenn sie jetzt den Hungerstreik als letztes Protestmittel in Anwendung bringen, so gilt das wohl den Diktatoren nicht mehr als das Krümmen des getretenen Wurmes vor seinem Verenden. Man läßt die aus Protest Hungernden ruhig verhungern! Dann ist man sie los.

Das ist der Fluch jeder Diktatur, daß sie keinerlei Kritik und Opposition duldet und auch nicht dulden kann. Der Kritiker oder Reformator in einer Diktatur riskiert stets sein Leben; keine Demokratie kann ihn schützen, weil es keine gibt, keine Volksrechte sichern sein Leben, weil die Diktatur keine zuläßt. Ob Mussolini oder Stalin — in der Erledigung der Kritiker ihrer Diktatur sind sie ein Herz und eine Seele. In Rußland geschieht die Aushungerung „im Namen des proletarischen Regiments". Joffe brachte sich in Verzweiflung selbst um. Bontoff starb im Hungerstreik, Brandler und Thalheimer konnten noch glücklich über die Grenze flüchten, Trotzki aber ist unentrinnbar im ewigen Schnee begraben. Seine letzte Stunde rückt heran. Es lebe das bolschewistische Regiment, es lebe die Diktatur Stalin!

*

Korruption im Bolschewismus

Aus Rußland wird uns berichtet:

Die Korruption in Rußland erfüllt die Sowjetregierung mit gewisser Sorge. Sie hat die Arbeiter schon vor längerer Zeit zur Selbstkritik aufgefordert, um auf ihren Wunsch unwürdige Sowjetbeamte aus ihren Stellungen entfernen zu können. Die Arbeiterschaft hat darauf nicht reagiert, und so sind allein in der Ukraine auf Eingreifen der oberen Behörden 91 Gewerkschaftsleitungen wegen ungenügender Arbeitsleistung und verschiedener Mißbräuche aufgelöst worden. Zu alledem kommt noch die täglich stärker werdende Kritik der Rechtsopposition. Die Rechtsopposition wird getragen von den erstarkenden Bauern (den Kulaken), die die ganze bolschewistische Diktatur bedrohen. Durch künstliche Maßnahmen soll „das Element" der kommunistischen Partei Rußlands, die Arbeiterschaft, nun planmäßig gestärkt werden. Um dieses Element der Partei zu verstärken, hält die Prawda eine Werbeaktion für notwendig, um 200 000 bis 250 000 Fabrikarbeiter in den nächsten zwei Jahren aufnehmen zu können. Die letzten Ziffern besagen, daß die Partei trotz Massenaufnahmen des letzten Jahres, die gleichfalls unter der Tendenz der „Stärkung des Arbeiterelements" standen, nur 42 Proz. eigentliche Fabrikarbeiter enthält. Das heißt, rund 600 000. Die Prawda hält diese neue Aktion für notwendig, weil nur eine auf die große Mehrheit des Fabrikarbeiterelements gestützte Partei dafür bürge, daß jedes Entgegenkommen an die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land vermieden werde. Aber die Prawda weiß sehr gut, daß diese Fragen für die bolschewistische Diktatur unlösbar sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19281124/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG